

**INTERESSENBEKUNDUNG BETREFFEND DIE TEILNAHME AN DER MARKTERHEBUNG
FÜR DIE DIREKTVERGABE DES SCHATZAMTSDIENSTES
IM ZEITRAUM VOM 1.01.2021 BIS ZUM 31.12.2025**

Erkennungscode der Ausschreibung (CIG) 84541655A8

Der/Die Unterfertigte, _____, Steuernummer _____,
geboren in _____ am _____, wohnhaft in der Gemeinde
_____, Adresse _____,

in seiner/ihrer Eigenschaft als

- gesetzlicher Vertreter von
- General- / Sonderbevollmächtigter von
- Sonstiges (bitte Details angeben)

MwSt.-Nr.: _____,

Steuernummer: _____,

eingetragen im Handelsregister bei der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer
_____ unter der Nr. _____ bzw. in anderen

Verzeichnissen _____,

mit Rechtssitz in der Gemeinde _____,

Adresse _____,

E-Mail-Adresse: _____,

Zertifiziertes elektronisches Postfach (PEC): _____,

Telefon: _____,

Fax: _____,

ERKLÄRT zwecks Zulassung zu der vom Verkehrsamt der Stadt Bozen zur Vergabe des Schatzamtsdienstes für den Zeitraum vom 1.1.2021 bis zum 31.12.2025 eingeleiteten Markterhebung gemäß LG Nr. 17 vom 22. Oktober 1993, im Bewusstsein der strafrechtlichen Haftung im Falle unwahrer Angaben und der entsprechenden von DPR Nr. 445/2000, Art. 76 vorgesehenen Folgen,

a) an der gegenständlichen Markterhebung teilnehmen zu wollen und die in der Bekanntmachung der Markterhebung sowie in dem dort beigefügten technischen Bericht vorgesehenen Voraussetzungen und allgemeinen und besonderen Bedingungen zur Kenntnis zu nehmen,

b) das Angebot zwecks Beurteilung seitens des Verkehrsamtes der Stadt Bozen im Hinblick auf die Direktvergabe des gegenständlichen Dienstes gemäß Art. 26 des Landesgesetzes Nr. 16/2015, abgeändert durch Landesgesetz Nr. 3/2019, sowie gemäß Art. 36, Abs. 2, Buchst. b) des GvD Nr. 50/2016 unterbreiten zu wollen,

c) den Antrag vorlegen zu wollen als:

einzelnes Unternehmen,

Konsortium für folgende Konsortialpartner: _____,

federführendes Unternehmen der bereits gegründeten / zu gründenden Bietergemeinschaft, bestehend aus _____,

wobei in dieser Eigenschaft erklärt wird, dass sich die anderen Mitglieder der Bietergemeinschaft verpflichten, dem federführenden Unternehmen mit gemeinsamer Urkunde eine kollektive Sondervollmacht mit

Vertretungsbefugnis zum Abschluss des Vertrages im Namen und für Rechnung sämtlicher Mitglieder zu erteilen, deren Beteiligungs- und Ausführungsanteile wie folgt festgelegt sind:

_____.

Sonstiges _____

Er/Sie **LIEFERT** folgende

Erklärungen betreffend das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80

Mit der Unterzeichnung dieses Vordrucks erklärt der Wirtschaftsteilnehmer, dass er ab dem Zeitpunkt der Vorlage des Vordrucks und für die gesamte Dauer der Vertragsausführung ununterbrochen die Teilnahmevoraussetzungen gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80 erfüllt. Im Besonderen:

**PUNKT A:
STRAFRECHTLICHE VERURTEILUNGEN UND ANTIMAFIA-DOKUMENTE**

GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1:

- a) Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation (Straftaten gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. a));
- b) Korruption (Straftaten gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. b));
- b-bis) falsche gesellschaftliche Mitteilungen gemäß Art. 2621 und 2622 ZGB (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. b-bis));
- c) Betrug (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. c));
- d) terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Handlungen (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. d));
- e) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. e));
- f) Ausbeutung von Kinderarbeit und sonstige Formen des Menschenhandels (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. f));
- g) sonstige Straftaten jedweder Art, welche als Nebenstrafe den Ausschluss von Verträgen mit der öffentlichen Verwaltung nach sich ziehen (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1, Buchst. g)).

A.1 Gründe im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 1:	Antwort
<p>Ist gegen den Wirtschaftsteilnehmer oder gegen eine der in Art. 80, Abs. 3 der Vergabeverordnung genannten Personen aus einem der oben angeführten Gründe eine rechtskräftige Verurteilung oder ein unwiderruflich gewordener Strafbefehl oder ein Urteil auf Strafzumessung auf Antrag gemäß Art. 444 StGB ergangen, wobei ein noch gültiger Ausschluss vom Vergabe- bzw. Konzessionsverfahren gemäß Art. 80, Abs. 10 und 10-bis der Vergabeverordnung direkt mit der Maßnahme verfügt wurde oder aus dieser hervorgeht?¹</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>

¹ Art. 80 besagt Folgendes:

- Abs. 10: „Falls in der rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung die Dauer der Nebenstrafe des Ausschlusses von Verträgen mit der öffentlichen Verwaltung nicht festgelegt ist, gilt der Ausschluss vom Vergabe- bzw. Konzessionsverfahren:
 - a) für immer, falls die Verurteilung gemäß Art. 317-bis, Satz 1 StGB von Rechts wegen die immerwährende Nebenstrafe nach sich zieht, es sei denn, dass die Strafe gemäß Art. 179, Abs. 7 StGB als erloschen erklärt wird;
 - b) für sieben Jahre in den von Art. 317-bis, Abs. 2 StGB vorgesehenen Fällen, es sei denn, dass die Wiedereinsetzung in die früheren Rechte erfolgt ist;

IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>A.2</u> ÜBERGEHEN	
<p>Folgendes angeben: ²</p> <p>1) Personalien der verurteilten Personen:</p> <p>2) Datum der Verurteilung:</p> <p>3) Vorgehaltene Straftat:</p> <p>4) Direkt in der Verurteilung festgelegte Dauer des Ausschlusses:</p> <p>5) Etwaige Entkriminalisierung oder Erlöschen der Straftat:</p> <p>6) Wiedereinsetzung in die früheren Rechte oder Widerruf der Verurteilung:</p> <p>7) Etwaiges Erlöschen der immerwährenden Nebenstrafe gemäß Art. 179, Abs. 7 StGB:</p>	
Hat der Wirtschaftsteilnehmer im Falle von Verurteilungen Maßnahmen getroffen, die ausreichen, um trotz des Vorliegens eines zutreffenden Ausschlussgrundes seine Zuverlässigkeit zu beweisen (Selbstregelung bzw. „Self-Cleaning“, vgl. Art. 80, Abs. 7)?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>A.2</u> ÜBERGEHEN	
<p>1) Wurde in der rechtskräftigen Verurteilung der für die einzelnen Straftatbestände festgelegte mildernde Umstand der Zusammenarbeit anerkannt?</p> <p>2) Sieht die rechtskräftige Verurteilung eine Haftstrafe von nicht mehr als 18 Monaten vor?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>Im bejahenden Fall zu den Punkten 1) bzw. 2) übergehen:</p> <p>1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet?</p> <p style="padding-left: 40px;">beziehungsweise</p> <p>2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>

c) für fünf Jahre in den nicht unter die Buchstaben a) und b) fallenden Fällen, es sei denn, dass die Wiedereinsetzung in die früheren Rechte erfolgt ist.“

- Abs. 10-bis: „Falls die Hauptstrafe in den in Abs. 10, Buchst. b) und c) genannten Fällen weniger als sieben bzw. fünf Jahre beträgt, so entspricht die Dauer des Ausschlusses der Dauer der Hauptstrafe.“

² Für jede in GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 3 angeführte Person wiederholen.

<p>und</p> <p>hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen?</p> <p>Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>Für den Fall, dass die Verurteilungen gegen nicht mehr im Amt befindliche Personen laut Art. 80, Abs. 3 der Vergabeverordnung ergehen, die Maßnahmen anführen, die die vollumfängliche und tatsächliche Distanzierung vom strafrechtlich geahndeten Verhalten belegen:</p>	
<p>A.2 Ausschlussgrund gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 5, Buchst. I)</p>	
<p>War der Wirtschaftsteilnehmer Opfer einer Erpressung im Amt oder einer Erpressung mit den erschwerenden Umständen der mafiaartigen Organisation?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>A.3</u> ÜBERGEHEN</p>	
<p>Hat der Wirtschaftsteilnehmer</p> <p>1) den Sachverhalt der Justizbehörde angezeigt?</p> <p>beziehungsweise</p> <p>2) liegt die Eröffnung des Hauptverfahrens – sofern keine Anzeige erstattet wurde – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung mehr als ein Jahr zurück?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>A.3 Prüfungen gemäß Antimafia-Verordnung (GvD Nr. 159/2011)</p>	<p>HINWEIS FÜR DEN ETWAIGEN MEHRHEITSGESELLSCHAFTER/ ALLEINGESELLSCHAFTER: DIE AUSFÜLLUNG ENDET MIT PUNKT 3.A.3.</p>
<p>Sind die in GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 3 genannten Personen von Hinderungs-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründen gemäß gvD Nr. 159/2011, Art. 67 oder von Versuchen der Unterwanderung durch die Mafia gemäß Art. 84, Abs. 4 des genannten gvD betroffen?³</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>Angeben, ob der Wirtschaftsteilnehmer in der White List eingetragen ist:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [zuständige/s Präfektur/Regierungskommissariat]</p>

³ Für jede in GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 3 angeführte Person wiederholen.

Im bejahenden Fall das Ablaufdatum anführen:	
Im Falle der abgelaufenen Eintragung angeben, ob der Wirtschaftsteilnehmer die Erneuerung der Eintragung beantragt hat:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein [zuständige/s Präfektur/Regierungskommissariat]
Im bejahenden Fall das Datum des Antrags auf Erneuerung anführen:	

**PUNKT B:
ZAHLUNG VON STEUERN ODER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGEN**

Gründe im Zusammenhang mit der Zahlung von Steuern, Gebühren oder Vorsorgebeiträgen gemäß GvD Nr. 50/16, Art. 80, Abs. 4:	Antwort:	
Angabe des für die Bestätigung der Zahlung der Steuern und Gebühren zuständigen Amtes:	[Zuständiges Amt] ⁴ [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse] ⁵	[Fax] ⁵
Angabe des für die Bestätigung der Zahlung der Vorsorgebeiträge zuständigen Amtes:	[Zuständiges Amt] ⁴ [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse]: ⁵	[Fax] ⁵
Angabe etwaiger Selbstständiger, die im Unternehmen tätig sind und ihre Beitragspflichten selbst erfüllen, sowie der für die Bestätigung der Zahlung dieser Beiträge zuständigen Stelle:	[Familiennamen Vorname] (<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M) [Steuernummer] [Zuständiges Amt] ⁴ [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse] ⁵	[Fax] ⁵
Hat der Wirtschaftsteilnehmer schwerwiegende Verstöße gegen die Verpflichtungen hinsichtlich der Entrichtung der Steuern und Gebühren oder der Vorsorgebeiträge gemäß der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Niederlassungsstaates begangen? ⁶	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein ⁷	
IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT C ÜBERGEHEN		
Folgendes angeben:	Steuern/Gebühren	Vorsorgebeiträge
a) Betroffenes Land oder Mitgliedstaat:	a)	a)

⁴ Bei Zweifeln die Agentur der Einnahmen oder die gebietsmäßig zuständigen Vorsorgekörperschaften (z. B. NISF, INAIL, Bauarbeiterkasse) zu Rate ziehen.

⁵ Nur für Wirtschaftsteilnehmer mit Rechtssitz im Ausland ohne PEC-Adresse (*zertifizierte elektronische Post*) anführen.

⁶ Der Wirtschaftsteilnehmer muss ab dem Zeitpunkt der Angebotsabgabe und auch für die gesamte Dauer des Vergabeverfahrens bis zum Vertragsabschluss sowie für die gesamte Dauer der Auftragsausführung seine Pflichten im Zusammenhang mit der Entrichtung der Steuern und Gebühren beziehungsweise der Vor- und Fürsorgebeiträge erfüllen.

⁷ Durch Ankreuzen des Kästchens „Nein“ erklärt der Wirtschaftsteilnehmer, ab dem Zeitpunkt der Angebotsabgabe bis zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Vordrucks seine Pflichten bezüglich der Entrichtung der Steuern und Gebühren beziehungsweise der Vor- und Fürsorgebeiträge erfüllt zu haben.

<p>b) Betrag, um den es sich handelt:</p> <p>c) Wie wurde der Verstoß festgestellt?</p> <p>1. Anhand eines richterlichen oder behördlichen Beschlusses?</p> <p>- Ist diese Entscheidung endgültig und bindend?</p> <p>- Datum der Maßnahme angeben:</p> <p>- Im Falle der Verurteilung die Dauer des Ausschlusses anführen, falls diese direkt im Urteil festgelegt wurde:</p> <p>2. Auf sonstige Weise? Genau angeben:</p> <p>d) Hat der Wirtschaftsteilnehmer vor Verstreichen der Frist für die Vorlage des Teilnahmeantrags die Zahlung vorgenommen oder sich verbindlich verpflichtet, die Steuern, die Gebühren oder die Vorsorgebeiträge einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafen zu zahlen?</p> <p>Falls ja, Details anführen:</p>	<p>b)</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>	<p>b)</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**PUNKT C:
INSOLVENZ, INTERESSENKONFLIKT ODER DIE BERUFLICHE TÄTIGKEIT BETREFFENDE
RECHTSWIDRIGE HANDLUNGEN**

Zu beachten ist, dass einige der nachstehend aufgeführten Ausschlussgründe im Hinblick auf die gegenständliche Vergabe im nationalen Recht, in der entsprechenden Bekanntmachung oder in den Ausschreibungsunterlagen genauer definiert worden sein könnten. Das nationale Recht kann beispielsweise vorsehen, dass der Begriff der „schweren Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit“ verschiedene Verhaltensweisen umfasst.

<p>A.1 Gründe im Zusammenhang mit Interessenkonflikten oder die berufliche Tätigkeit betreffenden rechtswidrigen Handlungen gemäß GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 5:</p>	<p>Antwort:</p>
<p>C.1 Hat der Wirtschaftsteilnehmer nachweisliche grobe Verstöße gegen die Bestimmungen betreffend die Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz oder gegen die Pflichten in Sachen Umweltschutz begangen?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.2</u> ÜBERGEHEN</p>	

<p>Details anführen und die Art der unerlaubten Handlung sowie die Art und Weise ihrer Feststellung (z. B. Urteil oder Maßnahme oder Sonstiges) angeben:</p>	<p>[unerlaubte Handlung] [Nummer und Datum des Urteils / der Maßnahme]</p> <p>[erlassen durch] [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse] ⁸ [Fax] ⁸</p>
<p>Folgendes angeben:</p> <p>1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet? beziehungsweise</p> <p>2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten? und</p> <p>hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen?</p> <p>Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>C.2 Befindet sich der Wirtschaftsteilnehmer in einer der nachstehenden Situationen oder läuft gegen ihn ein Verfahren zur Erklärung einer der folgenden Situationen?</p>	
<p>A. Konkurs</p> <p>B. Zwangsliquidation</p> <p>C. Gerichtliches Vergleichsverfahren</p> <p>Bei bejahender Beantwortung unter Buchst. C, Details anführen:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>C.3 Hat der Wirtschaftsteilnehmer schwere Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen? [vgl. ANAC-Leitlinien Nr. 6] ⁹</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>

⁸ Nur für Wirtschaftsteilnehmer mit Rechtssitz im Ausland ohne PEC-Adresse (*zertifizierte elektronische Post*) anführen

⁹ Relevant sind im Besonderen nicht rechtskräftige Verurteilungen wegen der Straftaten laut Art. 80, Abs. 1, Buchst. b) sowie wegen der nachstehend beispielshalber angeführten Straftaten:

- a) unbefugte Ausübung einer beruflichen Tätigkeit;
- b) Insolvenzstraftaten (einfacher und betrügerischer Bankrott, Unterlassung der Erklärung von in das Inventar aufzunehmenden Gütern, missbräuchliche Kreditbeanspruchung);
- c) Steuervergehen gemäß GvD Nr. 74/2000, Straftaten im Bereich des Gesellschaftsrechtes, Straftaten gegen Industrie und Handel;
- d) Städtebauliche Vergehen gemäß Art. 44, Abs. 1, Buchst. b) und c) des Einheitstexts der Gesetzesvorschriften und Verordnungen im Bereich des Bauwesens D.P.R. Nr. 380 vom 6.Juni 2001 in Bezug auf Aufträge, die Architektur- oder Ingenieurleistungen zum Gegenstand haben;
- e) vom GvD Nr. 231/2001 vorgesehene Straftaten;
- f) Vollstreckbare Verurteilungsmaßnahmen der Wettbewerbsbehörde wegen unlauterer Geschäftspraktiken oder wegen schwerwiegender kartellrechtswidriger Handlungen mit Auswirkungen auf das öffentliche Auftragswesen, die im auftragsgegenständlichen Markt begangen wurden.

IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.4</u> ÜBERGEHEN	
Details anführen und die Art der unerlaubten Handlung sowie die Art und Weise ihrer Feststellung (z. B. Urteil oder Maßnahme oder Sonstiges) angeben:	[Art der unerlaubten Handlung] [Nummer und Datum des Urteils / der Maßnahme] [erlassen durch] [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse] ¹⁰ [Fax] ¹⁰
Im Falle von vollstreckbaren Sanktionsmaßnahmen der Behörde wegen kartellrechtswidriger Handlungen ist auch die eingetretene Unanfechtbarkeit beziehungsweise die endgültige Bestätigung anzugeben (vgl. Stellungnahme der Wettbewerbsbehörde Nr. AS1600 vom 23.07.2019).	
Folgendes angeben: 1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet? beziehungsweise 2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten? und hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen? Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
<u>C.4</u> Hat der Wirtschaftsteilnehmer: 1) versucht, den Entscheidungsprozess der Vergabestelle unrechtmäßig zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zum eigenen Vorteil zu erhalten? 2) auch durch Nachlässigkeit falsche oder irreführende Informationen erteilt, welche die Entscheidungen im Hinblick auf den Ausschluss, die Auswahl oder die Zuschlagserteilung beeinflussen können? 3) die Bereitstellung der für den reibungslosen Ablauf des Auswahlverfahrens erforderlichen Informationen unterlassen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

¹⁰ Nur für Wirtschaftsteilnehmer mit Rechtssitz im Ausland ohne PEC-Adresse (*zertifizierte elektronische Post*) anführen

<p>IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.5</u> ÜBERGEHEN</p>	
<p>Folgendes angeben:</p> <p>1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet? beziehungsweise</p> <p>2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten? und</p> <p>hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen?</p> <p>Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>C.5 Hat sich der Wirtschaftsteilnehmer bedeutende oder anhaltende Mängel bei der Ausführung eines vorhergehenden Werk- oder Konzessionsvertrags zuschulden kommen lassen, die zur Vertragsaufhebung wegen Pflichtverletzung beziehungsweise zur Verurteilung zum Schadenersatz oder zu sonstigen vergleichbaren Sanktionen geführt haben?</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.6</u> ÜBERGEHEN</p>	
<p>Details zum widerrechtlichen Verhalten und zur entsprechend verhängten Sanktion anführen:</p>	
<p>Folgendes angeben:</p> <p>1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet? beziehungsweise</p> <p>2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten? und</p> <p>hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen?</p> <p>Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>

<p>C.6 Hat der Wirtschaftsteilnehmer eine durch ein rechtskräftiges Urteil anerkannte oder festgestellte schwerwiegende Pflichtverletzung gegenüber einem oder mehreren Unterauftragnehmern begangen?</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
<p>IM BEZAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.7</u> ÜBERGEHEN</p>	
<p>Details zum widerrechtlichen Verhalten und zum rechtskräftigen Urteil anführen:</p>	<p>[Art der unerlaubten Handlung] [Urteilsnummer und -datum] [erlassen durch] [Adresse] [PEC-Adresse] [E-Mail-Adresse] ¹¹ [Fax] ¹¹</p>
<p>Folgendes angeben:</p> <p>1) Wurde der Schaden zur Gänze erstattet? beziehungsweise</p> <p>2) wurde die Verpflichtung, den Schaden zu erstatten, formell festgehalten? und</p> <p>hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organisatorische und auf die Mitarbeiter bezogene Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weiteren Straftaten oder rechtswidrigen Handlungen vorzubeugen?</p> <p>Im bejahenden Fall die entsprechenden Unterlagen auflisten:</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>C.7 Sind dem Wirtschaftsteilnehmer irgendwelche Interessenkonflikte¹² im Zusammenhang mit der Teilnahme am Vergabeverfahren bekannt?</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
<p>IM BEZAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>C.8</u> ÜBERGEHEN</p>	
<p>Details zum Interessenkonflikt anführen:</p>	
<p>Details zur etwaigen Vorgehensweise zur Lösung des Interessenskonfliktes anführen.</p>	
<p>C.8 Hat der Wirtschaftsteilnehmer ein mit diesem verbundenes Unternehmen die auftraggebende Verwaltung beraten oder auf sonstige Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens mitgewirkt?</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

¹¹ Nur für Wirtschaftsteilnehmer mit Rechtssitz im Ausland ohne PEC-Adresse (*zertifizierte elektronische Post*) anführen

¹² Gemäß nationalem Recht, entsprechender Bekanntmachung oder Ausschreibungsunterlagen.

Falls ja, Details zu den Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen anführen:	
-----------------------------------------------------------------------------------------	--

**PUNKT D:
SONSTIGE AUSSCHLIEßLICH LAUT NATIONALEM RECHT VORGESEHENE
AUSSCHLUSSGRÜNDE**

Ausschließlich laut nationalem Recht vorgesehene Ausschlussgründe (GvD Nr. 50/2016, Art. 80, Abs. 5, Buchst. f), g), h), i), l), m):	Antwort:
D.1 Wurde dem Wirtschaftsteilnehmer das Verbot, mit der öffentlichen Verwaltung Verträge abzuschließen (GvD Nr. 231/2001, Art. 9, Abs. 2, Buchst. c) oder eine sonstige Sanktion, welche das Verbot, mit der öffentlichen Verwaltung Verträge abzuschließen, zur Folge hat , beziehungsweise das vorübergehende Verbot der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit wegen schwerwiegender Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen (GvD Nr. 81/2008, Art. 14) auferlegt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
D.2 Ist der Wirtschaftsteilnehmer wegen Falscherklärung oder Vorlage falscher Unterlagen im Zuge von Ausschreibungsverfahren oder von Weitervergaben in dem von der Beobachtungsstelle der Antikorruptionsbehörde ANAC geführten EDV-Register eingetragen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
D.3 Ist der Wirtschaftsteilnehmer wegen Falscherklärung oder Vorlage falscher Unterlagen zwecks Ausstellung der Qualifizierungsbescheinigung in dem von der Beobachtungsstelle der Antikorruptionsbehörde ANAC geführten EDV-Register eingetragen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
D.4 Hat der Wirtschaftsteilnehmer gegen das Verbot der treuhänderischen Eintragung laut Art. 17 des Gesetzes Nr. 55 vom 19.03.1990 verstoßen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
IM BEJAHENDEN FALL HIER WEITERFAHREN, SONST ZU PUNKT <u>D.5</u> ÜBERGEHEN	
Folgendes angeben: - Datum der endgültigen Feststellung und entsprechende Behörde bzw. entsprechendes Organ: - Wurde der Verstoß beseitigt?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
D.5 Beachtet der Wirtschaftsteilnehmer die in Gesetz Nr. 68 vom 12. März 1999 vorgesehenen Bestimmungen betreffend das Recht von Personen mit Behinderung auf Arbeit ?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Der Wirtschaftsteilnehmer unterliegt nicht der Bestimmungen von Gesetz Nr. 68/1999.

